

Name und Anschrift des Antragstellers:

.....
.....
.....

An die
Baubehörde erster Instanz
der Marktgemeinde St. Nikolai im Sausal
8505 St. Nikolai im Sausal Nr. 5

ANSUCHEN UM ABBRUCHBEWILLIGUNG im vereinfachten Verfahren

Gemäß § 32 Abs. 1 des Steiermärkischen Baugesetzes (BauG), LGBl. Nr. 59/1995 idgF. wird von dem/den unterfertigten Bauwerber(n) um die Erteilung der Abbruchbewilligung für das/der nachfolgende(n) **baubewilligungspflichtige(n) Vorhaben im vereinfachten Verfahren gemäß § 20 Z.6 (BauG):**

.....
.....
.....
auf dem Bauplatz/der Grundstücksfläche, bestehend aus dem Grundstück Nr.:..... EZ:
.....KG:, angesucht.

Ein Auszug aus dem Firmenbuch/Genossenschaftsregister vom..... zum
Nachweis der Vertretungsbefugnis der Antragstellerin liegt bei.

Dem Ansuchen sind folgende Beilagen angeschlossen:

1. Unterlagen gemäß § 32 (1) Stmk. BauG:

- der **Nachweis des Eigentums oder des Baurechtes** an dem für die Bebauung vorgesehenen Grundstück in Form einer **amtlichen Grundbuchabschrift** oder in anderer rechtlich gesicherter Form, jeweils nicht älter als sechs Wochen
- die **Zustimmungserklärung des Grundeigentümers** oder des Bauberechtigten, wenn der **Bauwerber nicht selbst Grundeigentümer oder Bauberechtigter** ist;
- ein Lageplan mit Darstellung der zum Abbruch vorgesehenen Gebäude oder Gebäudeteile
- die Bruttogeschoßflächenberechnung aller Geschosse und
- eine Beschreibung der technischen Ausführung des Abbruches, der Sicherheitsmaßnahmen, der Maßnahmen für Lärm- und Staubschutz sowie Angaben über die Sortierung und den Verbleib des Bauschuttes und der abschließenden Vorkehrungen.
-

2. Unterlagen gemäß § 33 (2) (3) Stmk. BauG:

- Planverfasserbestätigung über das Vorliegen der Voraussetzungen für das vereinfachte Verfahren und über die Übereinstimmung des Bauvorhabens mit den im Zeitpunkt des Bauansuchens geltenden baurechtlichen und bautechnischen Vorschriften.

....., am

Unterschrift Bauwerber

MERKBLATT ZUM ANSUCHEN UM ABRUCHBEWILLIGUNG

Folgende Vorhaben sind baubewilligungspflichtig im vereinfachten Verfahren sofern sich aus den §§ 19 und 21 nichts anderes ergibt:

6. der Abbruch von Gebäuden, ausgenommen Nebengebäude;

Abbruch von Gebäuden gemäß §32

(1) Dem Ansuchen um Erteilung der Bewilligung für den Abbruch von Gebäuden sind anzuschließen:

1. der Nachweis des Eigentums in Form einer amtlichen Grundbuchabschrift oder in anderer rechtlich gesicherter Form, jeweils nicht älter als sechs Wochen,
 2. die Zustimmungserklärung des Grundeigentümers oder des Inhabers des Baurechtes, wenn der Antragsteller nicht selbst Grundeigentümer oder Inhaber des Baurechtes ist,
 3. ein Lageplan mit Darstellung der zum Abbruch vorgesehenen Gebäude oder Gebäudeteile,
 4. die Bruttogeschossflächenberechnung aller Geschosse und
 5. eine Beschreibung der technischen Ausführung des Abbruches, der Sicherheitsmaßnahmen, der Maßnahmen für Lärm- und Staubschutz sowie Angaben über die Sortierung und den Verbleib des Bauschuttes und der abschließenden Vorkehrungen.
- (2) Die Behörde kann die Vorgangsweise beim Abbruch bestimmen. Insbesondere kann sie das Einschlagen der Kellerdecken, die Auffüllung der Kellerräume, die Abmauerung von Hauskanälen u. dgl. anordnen, wenn dies aus Gründen der Sicherheit oder der Hygiene notwendig ist.
- (3) Die Eigentümer oder Inhaber eines Baurechtes (Bauberechtigte) der an das antragsgegenständliche Grundstück angrenzenden Grundflächen sind von der Behörde als Beteiligte dem Verfahren beizuziehen und über das Abbruchvorhaben zu informieren.

Das vereinfachte Verfahren gemäß §33:

1) Die Erteilung der Baubewilligung im vereinfachten Verfahren ist bei der Behörde schriftlich zu beantragen.

(2) Dem Antrag sind anzuschließen:

5. für Vorhaben nach § 20 Z 6 die Unterlagen gemäß § 32.

(3) Die Verfasser der Unterlagen haben das Vorliegen der Voraussetzungen für das vereinfachte Verfahren und überdies die Übereinstimmung des Bauvorhabens mit den im Zeitpunkt des Bauansuchens geltenden baurechtlichen und bautechnischen Vorschriften zu bestätigen und sind für die Vollständigkeit und Richtigkeit der von ihnen erstellten Unterlagen gegenüber der Baubehörde verantwortlich.

(4) Die Behörde hat nach Vorliegen der vollständigen und mängelfreien Unterlagen zu prüfen, ob

1. das Bauvorhaben den Vorgaben des örtlichen Entwicklungskonzeptes, des Flächenwidmungsplanes, des Bebauungsplanes oder festgelegten Bebauungsgrundlagen entspricht,
2. das Bauwerk in seiner gestalterischen Bedeutung dem Straßen-, Orts- und Landschaftsbild gerecht wird,
3. das Vorhaben in einem offenkundigen Widerspruch zu sonstigen baurechtlichen Vorschriften steht,
4. die subjektiv-öffentlichen Nachbarrechte gemäß § 26 eingehalten werden.

(5) Liegen nicht sämtliche Zustimmungserklärungen gemäß Abs. 2 Z 1 vor, hat die Behörde das Baubewilligungsverfahren nach den Bestimmungen des II. Abschnittes dieses Teiles (§§ 24 ff) einzuleiten und den Bauwerber hievon zu verständigen.

(6) Bauvorhaben nach § 20 Z 2 lit. i hat die Behörde durch Anschlag an der Amtstafel und zusätzlich im Internet mit dem Hinweis kundzumachen, dass Eigentümer jener Grundstücke, die bis zu 30 m von den Bauplatzgrenzen entfernt liegen, Gelegenheit haben, innerhalb einer bestimmten, vier Wochen nicht übersteigenden Frist zum Vorhaben Stellung zu nehmen (Anhörungsrecht). Vom Ergebnis des Baubewilligungsverfahrens sind die angehörten Grundeigentümer schriftlich zu informieren.

(7) Im vereinfachten Verfahren ist nur der Bauwerber Partei.

(8) Die Behörde hat innerhalb einer Frist von drei Monaten ab Vorlage der vollständigen Unterlagen nach Maßgabe des § 29 bescheidmäßig zu entscheiden. §§ 30 und 31 finden Anwendung.